

# marburger echo



Zeitung der DKP – Marburg

Juni 2005

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#03

EU-Verfassung: „NON!“

## Das Nein der Franzosen

**Die Franzosen haben der EU-Verfassung eine klare Absage erteilt. Bei dem Referendum stimmten offiziell 54,87% mit „Non“, lediglich 45,13% sprachen sich für die Annahme des Vertragwerkes aus.**

Die Franzosen lehnten damit nicht nur eine Verfassung ab, die als erste in der bürgerlichen Welt eine bestimmte Wirtschaftsordnung festschreibt: „Die Mitgliedstaaten und die Union handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird...“ (Art. III-178), sondern auch eine Verfassung, die eine Verpflichtung zur Militarisierung enthält: „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)...“ (Art. I-41, Abs. 1). Und unter Absatz 3 wird ausgeführt: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine europäische Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten (Europäische Verteidigungsagentur) eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln

und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen...“ Während das Ja-Lager für „ein

bürokratisches Konstrukt ohne Basishaftung. Welche Verfassung sich dieses imperialistische Großmachtprojekt auch immer geben mag – sie kann keine demokratische sein.

Dass das „Non“ der Franzosen nicht das Ende dieses imperialistischen Großmachtprojektes bedeute, machten EU-Ratsprä-

sident Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident Barroso und EU-Parlamentspräsident Borrell in einer gemeinsamen Erklärung deutlich: „Europa geht weiter und seine Institutionen funktionieren. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewusst, aber wir sind zuversichtlich, dass wir wieder einmal eine Möglichkeit finden, Europa voranzubringen“. Und so könnte die Umsetzung der Möglichkeit aussehen: Der Verfassungsvertrag sieht vor, dass sich Europas Staatenlenker Ende Oktober 2006, zwei Jahre nach der Unterzeichnung in Rom, noch einmal mit dem Projekt befassen müssen, wenn diese in 5 von 25 Mitgliedsstaaten gescheitert ist. Mit der Zustimmung nationaler Parlamente könnte dann etwa der geplante erste europäische Außenminister wie auch der mehrjährige amtierende EU-Ratspräsident relativ leicht beschlossen werden und auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die schon 2006 mit dem Aufbau von EU-Kampferverbänden starten soll, könnte fortgeführt werden. In der russischen Zeitung *Kommersant* kann man folgenden Kommentar lesen: „Dass die Franzosen mit Nein gestimmt haben, ändert nur wenig: Der Euro und das Schengen-Abkommen sind für die europäische Einheit wichtiger als ein symbolisches Dokument.“

**Tanja Bauder-Wöhr  
& Markus Wöhr**



starkes Frankreich“ warb, lautete die populärste Parole im Nein-Lager: „Für ein anderes Europa“. Denn dieses „Europa“ ist kein freier Ausdruck der europäischen Nationen, sondern ein

sident Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident Barroso und EU-Parlamentspräsident Borrell in einer gemeinsamen Erklärung deutlich: „Europa geht

## Uni-Klinika: Privatisierung light

Die Auseinandersetzung um die Privatisierung der Universitäts-Klinika von Gießen und Marburg geht in eine neue Runde.

Mittlerweile haben sich jetzt ein paar Leute zusammengesetzt und eine Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“ gegründet. Ihre Vorschläge kann man im Internet nachlesen ([www.rettet-die-klinika.de](http://www.rettet-die-klinika.de)). Dort findet sich unter anderem die folgende Anregung: „Das Land Hessen (als Gewährsträger) und das ‚Universitätsklinikum Giessen – Marburg‘ gründen gemeinsam eine Finanzierungsgesellschaft, deren Aufgabe es ist, Kapital zur Behebung des Investitionsstaus im baulichen und apparativen Bereich zu beschaffen.

So können die notwendigen Kosten für ‚hoheitliche Aufgaben in Forschung und Lehre‘ (ca. 20%) bei allen anstehenden baulich-

strukturellen und funktionellen Entwicklungsaufgaben vom Land wahrgenommen werden und sind auch in Zukunft förderfähig. Die Finanzierungsgesellschaft ‚Universitätsklinikum Giessen – Marburg‘ legt, unterstützt vom Land Hessen und in engem Zusammenwirken mit privatrechtlich tätigen Banken/Investoren, einen geschlossenen Immobilien-Fond[s] ‚Universitätsklinikum Giessen – Marburg‘ oder eine vergleichbare Lösung auf. Dieser Fonds wird auch in kleinsten Stückelungen angeboten, sodass er von den Bürgerinnen und Bürgern der Region, von den Mitarbeiter/innen der Kliniken, Fakultäten und Universitäten und von privaten Investoren

gezeichnet werden kann. Die Mittel aus diesem Fonds setzt die Finanzierungsgesellschaft zur baulichen und apparativen Erneuerung und Modernisierung, zunächst am Standort Giessen, später auch am Standort Marburg (Zentralbau) bzw. in den Einrichtungen der Region ein. Das ‚Universitätsklinikum Marburg-Giessen‘ mietet die neuerbauten oder sanierten Kliniken/Institute von der Finanzierungsgesellschaft. Aus den Mietzahlungen werden die Zinsansprüche der Anteilseigner sowie die Tilgungsraten des Fonds bedient. Der Weg ist mit drei Vorteilen verbunden: er gestattet eine Mitfinanzierung des Bundes im

Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach den Regeln des Hochschulbauförderungsgesetzes (HBFUG), die Gemeinnützigkeit bleibt erhalten, das aus steuerrechtlichen Gründen nicht vermeidbare Auftreten einer Steuerpflicht beim Leistungsaustausch zwischen den medizinischen Fakultäten und dem privaten Betreiber eines Universitätsklinikums wird vermieden.“ So weit die Bürgerinitiative. Was fällt uns daran auf?

Es handelt sich um eine Privatisierung light. Der Staat soll insoweit mitmachen, als er gebraucht wird, um Kosten, aus denen kein Gewinn entsteht, zu tragen und Steuervorteile für die Anleger zu sichern. Letztere werden, wenn

ARBEIT & SOZIALES

- Keine Proteste gegen Studiengebühren
- Der Hessische „Ausbildungspakt“
- Arbeitslosen geht es weiter an den Kragen

KOMMUNALES

- Sale- & Lease-back gescheitert

DISKUSSION

- Grenznutzen & Nutzenmaximierer

ANTIFA

- Nachbetrachtung: 60. Jahrestag der Befreiung

## Keine Zeit für „kritische Kritik“

*Allen Befürchtungen zum Trotz sieht es nun ja doch so aus, als würden PDS und WASG eine gemeinsame Wahlpartei für die vorgezogene Bundestagswahl gründen. Alles andere wäre auch peinlich gewesen.*

*Lustig ist, dass es ausgerechnet der einstige Vorreiter für die Zerschlagung des Flächentarifvertrags – Oskar Lafontaine – ist, der die „Vereinigung der Linken“ vorantreibt.*

*Klar ist, dass weder Lafontaine, noch Gysi Garant für eine linke Politik sind. Aber will die Linke in nächster Zeit einen Ansprechpartner im Parlament haben, ist sie auf diese beiden Medienclowns angewiesen. Denn ohne sie werden wohl kaum genug Stimmen zusammenkommen.*

*Insofern ist momentan nicht die Zeit für „kritische Kritik“, die nur sich selbst genügt, sondern Zeit für eine konstruktive Praxis, die die Gelegenheit nutzt, die noch viel zu schwache außerparlamentarische Bewegung – dessen Arm die gemeinsame Partei ja sein will – zu stärken. Dies wird nötig sein, um „von unten“ genug Druck ausüben zu können, so dass die Wahlpartei auch wirklich das wird, wofür die Menschen sie wählen wollen: eine Alternative zum Neoliberalismus! Wie diese Alternative aussehen muss, kann man bspw. auf dem UZ-Pressefest, in der entsprechenden Veranstaltung mit Vertretern von WASG, PDS, attac und DKP diskutieren. compay*

aus der Sache etwas werden soll, wohl nur zum geringeren Teil Kleinsparer(innen) sein. Vielleicht wird dieses Projekt in absehbarer Zeit schon durch eine Flucht aus den Kliniken überholt. Sie entsteht dann, wenn Mediziner aus gewinnträchtigen Bereichen private Arztzentren gründen und die nicht oder weniger profitablen Sektoren sich selbst überlassen.

Fazit: Das kleinere Übel wäre gewiß besser als der von Koch geplante Totalausverkauf. Scheitert es, könnte das bedeuten, daß dieser dennoch kommt und durch den vorangegangenen Fehlschlag legitimiert erscheint.

**Georg Fülberth**

## Kurzmeldungen

### PDS Marburg: Foren zur Kommunalpolitik

Im Vorfeld der Kommunalwahlen organisieren die PDS-Fraktionen im Stadtparlament und im Kreistag sechs öffentliche Foren zu Schwerpunkten der lokalen Politik. Den Fraktionen geht es darum, sich rückzukoppeln, Probleme und Lösungskonzepte besser kennenzulernen, bevor die Programme für die kommenden Jahre erneuert werden. Auch die DKP Marburg wird sich an den Foren beteiligen. Die Gespräche finden jeweils Samstags 14-18 Uhr statt: Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik (11.06., Bauamt, Barfußstr. 11), Bildungspolitik (18.06., DGB-Haus, Bahnhofstr. 6), Daseinsvorsorge/Neoliberalismus (25.06., DGB-Haus), Sozialpolitik/Hartz IV (02.07., DGB-Haus), Nachhaltigkeit/Ökologie (23.07., Bauamt), Kultur (Termin steht noch nicht fest)  
[www.pds-marburg.de](http://www.pds-marburg.de)

### Ökonomix

Seit Mai hat das Projekt Ökonomix geöffnet u.a. mit Infoladen, Nutzungsgemeinschaft und Umsonstladen, wo man kostenlos Artikel mitnehmen, aber auch funktionstüchtige Dinge hinbringen kann. Die ehrenamtlichen Organisator/innen möchten wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativansätze ausprobieren und laden alle Interessierten ein, vorbeizuschauen oder mitzumachen.  
Ökonomix, Am Grün 1/ Ecke Unistr., Marburg,  
Mo-Fr 12-19h, Sa 12-16h,  
[www.ökonomix.de](http://www.ökonomix.de)

### INNEN

## Dreimal hat's gekracht

SPD-Wahlniederlage in NRW, vorgezogene Neuwahlen, neue Linkspartei mit Lafontaine

Dreimal hat es in der vierten Maiwoche zugeschlagen:

Zunächst, am 22., verlor die SPD ihre 11. Wahl hintereinander: in Nordrhein-Westfalen. Nach 39 Jahren schied sie dort aus der Regierung aus.

Am selben Tag gaben Franz Müntefering und Gerhard Schröder bekannt, daß sie vorgezogene Neuwahlen noch in diesem Jahr wünschen. Warum?

Hier war offenbar Furcht vor der eigenen Partei ausschlaggebend. Müntefering und Schröder sahen eine Fehlerdiskussion voraus, die auch sie beinträchtigen könnte. Nun haben sie die SPD zur Disziplin gezwungen. Dabei nehmen sie eine Wahlniederlage in Kauf. Offenbar gehen sie davon aus, daß diese auch im nächsten Jahr unvermeidlich ist. Da mögen sie sich gedacht haben: wenn die SPD schon ver-

### ARBEIT & SOZIALES

Interview mit Marco Geis, AStA Marburg:

# „Traurig wie es ist“ Kein Potenzial für Proteste gegen Studiengebühren

Marco Geis ist hochschulpolitischer Referent des AStA Marburg. Im Gespräch mit dem *Marburger Echo* äußert er sich zu Studiengebühren und den Perspektiven des Widerstandes dagegen.

### Wie sind Deiner Meinung nach die Vollversammlung am 03.05. sowie die Protestwoche verlaufen?

Die Vollversammlung war aus meiner persönlichen Sicht nicht wirklich erfolgreich. Trotz relativ breiter Werbung waren nur ca. 350 Studierende erschienen. Wenn man bedenkt, wie wichtig und dringlich auch hier in Hessen die Thematik ist, stimmt das nicht unbedingt positiv. Auch die Stimmung auf der Vollversammlung hat einen Trend bestätigt: Wenn es ein „Problembewusstsein“ in der Masse der Studierenden gibt, erschöpft es sich doch überwiegend in elitären Studiforderungen. Die Studienbedingungen sollen „verbessert“ werden. „Sozial gerechte Studiengebühren“, oder ein gemeinsames Vorgehen mit Koch und Corts werden da als adäquate Mittel gesehen. Zwar wurde auch letztendlich eine Protestwoche verabschiedet, allerdings zwei Wochen später als ursprünglich geplant. Angeblich aus Gründen besserer Mobilisierungs- und Informationspotentiale. Die eher kärgliche Beteiligung an der Protestwoche und deren Vorbereitung hat aber gezeigt, dass es vielen nicht darum ging.

### Sind Studiengebühren nach Deiner Meinung sozial gerecht und sinnvoll?

Diese Frage ist mit einem ganz klaren Nein zu beantworten! Um

dies zu untermauern, genügt schlicht ein Blick in die jüngere Geschichte: Ab 1969 wurde im Zuge der 68er-Studierendenproteste eine Hochschulreform durchgeführt, in der z.B. die bis dahin gängigen Studiengebühren abgeschafft wurden. Die damalige Reform, die allerdings nur ein paar kurze Jahre anhielt, war zumindest eine der Sozialreformen, die den Grundstock dafür legte, dass sich real Lebensbedingungen in der gesellschaftlichen Breite verbesserten. So sind z.B. die Zahlen der Studierenden seitdem bis 1995 um mehr als das Dreifache gestiegen. Und das aufgrund der Abschaffung der Studiengebühren, Einführung des BAföGs etc. Allesamt Veränderungen, die jetzt wieder in ihr Gegenteil verkehrt werden sollen.

Klar muss aber dennoch sein: Trotz 35 Jahren ohne Studiengebühren wird heute immer noch von dem „Phänomen“ der „bildungsfernen Schichten“ gesprochen. In der letzten Sozialerhebung der Deutschen Studentenwerke konnte jeder Mensch nachlesen, dass lediglich elf Prozent der Kinder aus einer Familie mit „niedrigem sozialen Status“ ein Hochschulstudium aufnehmen – hingegen

studieren 66 Prozent der Kinder mit „gehobenem“ und gar 81 Prozent der Kinder mit „hohem sozialen Status“. D.h. eine Öffnung der Hochschulen für alle gesellschaftlichen Schichten gab es zwar, aber wirklich nur minimalst. Fünf mickrige, unberührte Reformjahre konnten und können eben nicht die fundamentalen Koordinaten einer Gesellschaft verändern. So lange Bildung immer noch von Statusbedingungen wie z.B. den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt, werden Studiengebühren Bildungshürden erhöhen. Und mit Verlaub: Die Argumentation, dass Studiengebühren aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit sozial wären, spiegelt dumme, neoliberale Propaganda wider. Ich frage mich, für wie naiv die Menschen denn gehalten werden. So war desöfteren zu hören, dass „wir“ Studiengebühren bräuchten, da die Steuerbelastung für das Bildungssystem hauptsächlich die „bildungsfernen“ Schichten zu tragen hätten; die Sprösslinge mittlerer und oberer Einkommenschichten aber einzig und allein davon profitieren. Hier soll eine Ungerechtigkeit mit einer weiteren angeblich aufgehoben werden.



### Wie ist die Planung im Rahmen des „summer of resistance“ vor Ort und bundesweit?

Bundesweit wurde nur ein Rahmen mit bundeseinheitlich stattfindenden Demos, wie die am 02. Juni in Frankfurt, als gemeinsame Anknüpfungspunkte vereinbart. Der Rest liegt in den Möglichkeiten der einzelnen Hochschulen. Hier in Marburg wird derzeit im Rahmen des Projektes „Welche Bildung brauchen wir?“ ein Bildungscamp vorbereitet. Das Ganze soll dazu dienen, in einem politisch breiteren Spektrum eine Art Gegenhegemonie herzustellen. Potential für massive Proteste gibt es unter den Studierenden derzeit leider nicht. Das muss man so sehen. Traurig wie es ist.

Die Fragen stellte  
Markus Hofmann

### ARBEIT & SOZIALES

## Der Hessische „Ausbildungspakt“

Mitte April diesen Jahres gab die Bundesagentur für Arbeit Frankfurt bekannt, dass die Ausbildungsplatzsituation für hessische Jugendliche sich in der ersten Hälfte des laufenden Ausbildungsjahres 2004/05 erneut verschärft hat.

Die Betriebe und Verwaltungen meldeten den Arbeitsagenturen nur 24.295 freie Lehrstellen; das waren 6,7 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig stieg die Zahl der jungen Frauen und Männer auf Lehrstellensuche um 0,8 % auf 35.330. Ende März waren landesweit nur noch 10.176 angebotene Ausbildungsplätze unbesetzt, 4,2 % weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der noch nicht vermittelten BewerberInnen lag mit 22.035 um 2,6 % über dem Vorjahr. „Auch in diesem Jahr sind wieder erhebliche Anstrengungen im Rahmen des Hessischen Pakts für Ausbildung erforderlich, um allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten“, stellte die Bundesagentur fest. Aber schauen wir uns diesen Pakt, der ja eingeführt wurde, um eine Ausbildungsabgabe (Strafzahlungen der Unternehmen bei mangelndem Ausbildungsangebot) zu verhindern, doch einmal näher an, um herauszufinden, ob er wirklich so geeignet ist, das Lehrstellenproblem zu lösen.

Nach einer einleitenden Beschreibung der angespannten Lage auf dem Lehrstellenmarkt erklären uns die verschiedenen Partner des Pakts, wozu sie sich verpflichten. Auffällig ist nun, dass etwa die Zusagen des Landes weitaus konkreter und verbindlicher klingen als die der Unternehmerseite. Diese verpflichtet sich nämlich nur dazu, in den kommenden drei Jahren jeweils mindestens 2000 neue Ausbildungsplätze zu stellen. Dabei ist klar, „dass dieses Ziel nur durch ständige Überzeugungsarbeit zu erreichen ist und der Einstieg in Ausbildung auf betrieblicher Seite Vorlaufzeit erfordert.“ Wenn die Lehrstellensituation also schlecht bleibt, kann man immer darauf verweisen, dass die Vorlaufzeit eben noch nicht lange genug war und noch nicht genug Unternehmen überzeugt sind. Wahrscheinlich wird das dann wieder an den Jugendlichen selbst liegen: Sie sind angeblich so „ausbildungsunwillig und -unfähig“, dass die Unternehmen nicht von den Vorteilen der Ausbildung zu überzeugen sind! Außerdem sollen sie ge-

fälligst endlich verzichten lernen und billiger werden: „Es sollte das Ziel der Verhandlungen sein, alle Regelungen in Tarifverträgen zu überarbeiten, die sich als Ausbildungshemmnis erweisen könnten.“

Ganz anders dann die Ausführungen unter der Überschrift „Das Land Hessen“: Es gibt hier sehr genaue finanzielle Zusagen, mit welchen Mitteln man Ausbildung und Qualifizierung fördern will; die Maßnahmen sind im einzelnen aufgelistet; und in der Landesverwaltung wird man zumindest die schon erreichte Zahl an Lehrstellen halten. Wahrlich ein Pakt, in dem die Pflichten ein wenig einseitig verteilt sind und der ungeeignet ist, das Problem zu lösen!

Was wir wirklich brauchen, um die Ausbildungsplatzsituation zu verbessern, ist eben nicht ein zweifelhafter „Pakt“, sondern ein verbindliches Lehrstellengesetz – und zwar eines mit Biss!

Heiko Bolldorf

weitere Infos zum Thema:  
[www.azubi-online.info](http://www.azubi-online.info)

DISKUSSION

# Grenznutzen, – Nutzen- maximierer – welchen Nutzen hat Marx hier noch? (Teil I)

Wenn wir einen Pullover kaufen, bezahlen wir den dafür verlangten Preis. Dieser Preis entspricht dem Wert des Pullovers. Erscheint uns der Preis vergleichsweise niedrig oder hoch, bewerten wir ihn als billig oder teuer. Wie setzt sich jener Preis zusammen – oder anders: Wie bestimmt sich der Wert einer Ware?

1. Grenznutzentheorie: Besagter Pullover kostet 50 €. Unser Alltagsverstand lehrt uns, dass sich dieser Preis deshalb vom Händler realisieren lässt, weil der Nutzen, den wir aus dem



Konsum dieses Pullovers zu ziehen glauben, mit dem im Laden verlangten Preis übereinstimmt. Liegt der Preis des Ladenbesitzers über dem Wert, den wir bereit sind zu bezahlen, so realisiert sich der Preis nicht. In diesem Fall entspricht der Preis nicht dem Gebrauchswert, er ist also keine 50 € wert. Der Wert einer Ware wird hier auf die rationalen Überlegungen der einzelnen Nutzenmaximierer – und nichts anderes ist der Mensch in dieser Theorie – zurückgeführt, bildet sich also über den Gebrauchswert. Beschriebene

Sichtweise wird seit Ende des 19. Jh. durch die Anhänger der Grenznutzenschule (subjektive Werttheoretiker) vertreten und bildet bis heute das Fundament des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams.

2. Klassische Arbeitswerttheorie: Ausgehend von Adam Smith (1723 -1790) wird der Wert einer Ware subjektiv durch die empfundene Mühe bestimmt, die es ein Individuum kosten würde, diese Ware zu erzeugen, also durch die Menge der in ihr verkörperten Arbeit. Da bei Smith alle Waren durch die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital erzeugt werden, deren Preis wiederum durch Lohn, Grundrente und Profit determiniert ist, fließen neben den Lohnkosten auch Gewinn- und Grundrenteeinkommen mit in den Wert einer Ware (ihren „natürlichen Preis“) ein. Die „relativen Preise“, also die Relationen, zu denen die einzelnen Waren ausgetauscht werden, entsprechen dann dem Verhältnis der in ihnen verkörperten Werte (Lohn, Grundrente und Profit).

Klassische politische Ökonomie und Grenznutzenschule stimmen in der Annahme überein, dem Menschen a priori bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben – bei Smith ist es der scheinbar angeborene „Hang zum Tausch“, der den Menschen vom Tier unterscheidet, die Neoklassik denkt ihn als Nutzenmaximierer – und über diese Rationalitäten auf gesellschaftliche Verhältnisse zu schließen. Die Auswirkungen einer auf Warentausch beruhenden Gesellschaft – Gewinnstreben und Konkurrenz – werden so als allgemein menschlich aufgefasst, die Möglichkeit der Änderung jener ist damit natürlich ausgeschlossen.

TEIL II im nächsten Marburger Echo.

Johannes Schulten  
& Markus Hofmann

ARBEIT & SOZIALES

# Arbeitslosen geht es weiter an den Kragen

Die neuen Arbeitslosenzahlen sind da: 4,807 Millionen Erwerbslose gibt es jetzt offiziell bundesweit.

Die Dunkelziffer liegt wohl noch erheblich höher. Und, dass keinerlei Aufwind auf dem Stellenmarkt zu verzeichnen ist, geben inzwischen sogar die BA-Bürokraten zu – nur „Superminister“ Clement sträubt sich noch ein bisschen und sieht „uns“ mal wieder am „Beginn einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung“. Die gesamte Kreativität der Politiker und BA-Repräsentanten geht schließlich dafür drauf, sich neue Schikanen für Arbeitslose auszudenken. Es mehren sich krasse Ausfälle, wie z.B. der Vorschlag des hessischen Justizministers Christean Wagner (CDU), Langzeitarbeitslose mit Fußfesseln zu Disziplin und Ordnung zu zwingen. Ein kleiner Faux-pas – schwupp, ist es wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Viele Arbeitslose fanden den Ausrutscher jedenfalls nicht so unbedeutend. Sie sehen in den Aussagen des Ministers einen Straftatbestand. Wagner habe gegen Artikel 11(2) GG verstoßen, weil die Freizügigkeit eingeschränkt werden soll, des weiteren gegen Artikel 12(2:3), 13(3ff) und 104 (alles GG). Sie sehen ihre Würde verletzt und wollen sogar prüfen lassen, ob der Tatbestand der Volksverhetzung zutrifft. Wie die Klagen ausgehen werden, bleibt abzuwarten.

Ein Bremer Lokalpolitiker schütete einem Arbeitslosen Sekt über den Kopf – später hieß es, er wollte ihm nur was abgeben oder so ähnlich. Immerhin musste er zurücktreten. Eine weitere Frechheit ist die 1-Euro-Zwangsarbeit. Es wird immer weiter so getan, als ob sie tatsächlich neue Arbeit schaffen könnten und bestehende Beschäftigungsverhältnisse davon nicht berührt würden. Dass das nicht stimmt, wird am Beispiel Berlins deutlich: Alles, was nicht mehr bezahlt werden soll, wird als



„zusätzlich“ deklariert. Im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurden z.B. alle Stellen der untersten Lohngruppe im Grünflächenamt gestrichen. Die Arbeit muss natürlich weiterhin gemacht werden. Perfekte „zusätzliche“ Arbeitsgelegenheiten für Hartz-IV-Opfer. Das ganze gibt es auch eine Nummer größer: in ganz Berlin wurden seit 1992 über 60.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut – jetzt sollen 43.000 Stellen auf 1-Euro-Basis „neu“ eingerichtet werden.

Anstelle der Arbeitslosen sollte man endlich die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Als Schröder Bundeskanzler wurde, sagte er, er wolle sich an der Arbeitslosenzahl messen lassen – ein Satz, den auch die Opposition gerne zitiert. Wir sollten aber nicht nur einzelne Personen daran messen, sondern das System, in dem wir leben. Eine Wirtschaftsordnung, die es nicht schafft, alle Menschen in Lohn und Brot zu bringen, ist zum Scheitern verurteilt und gehört abgeschafft.

Rosa Schwenger

KOMMUNALES

# Heuschrecke weggehüpft

Mitte Mai musste Landrat Fischbach einen politischen Offenbarungseid ablegen.

Im Oktober 2004 hatte er sich von der Mehrheit des Kreistages zu einem Sale- & Lease-back-Geschäft beauftragen lassen. Kreiseigene Gebäude – vor allem Schulen – sollten an einen Finanzdienstleister verkauft und dann zurückgepachtet werden. Dadurch hätten reiche Erben um ca. 20 bis 30 Millionen Euro Steuererleichterungen erhalten. Dem Kreis wäre ein kleines Schmiergeld zugekommen.

Partnerin des Deals war die Firma „Hannover Leasing GmbH & Co. KG“. Die hat jetzt kalte Füße bekommen, sie will nicht mehr. Der Grund: Es hatte sich herausgestellt, daß die geplante Kreisimmobiliengesellschaft grundsteuerpflichtig werden könnte. Solange die Öffentliche Hand selbst die Liegenschaften besitzt, muß sie dafür keine Steuern zahlen. Sobald die Immobilien aber privat sind, sieht das anders aus.

Für einige Gemeinden wäre das sogar eine gute Sache gewesen: sie hätten jährlich 700.000 Euro Grundsteuern bekommen. Doch wer hätte die zahlen müssen? Darüber ist man sich offenbar nicht einig geworden.

Hätte der Kreis die Steuern bezahlt, dann hätte er sich das Geld wohl über die Kreisumlage von den Gemeinden wiedergeholt. Das Geschrei kann man sich vorstellen.

Natürlich wäre auch denkbar gewesen, daß die Hannover Leasing GmbH & Co. KG und ihre Kunden, die reichen Erben, die Grundsteuer zahlen. Von ihren 20 bis 30 Millionen wäre zwar etwas abgegangen, doch der größere Teil immerhin übrig geblieben. Zu einer solchen Schmälderung der Rendite war man aber nicht bereit.

Die Grünen im Kreistag haben 2004 übrigens für das Sale-& Lease-back-Geschäft gestimmt. Sie gehören nun zu den Leidtragenden.

Im Landeshaushalt verbleiben 20 bis 30 Millionen, die dort abgezockt werden sollen.

Wenn die jetzt auch noch in die Schulen gesteckt würden, die man ursprünglich verkaufen wollte – dies wäre endlich mal ein Grund zur Freude.

Georg Fülberth



24.-26. Juni 2005 DKP  
Sozial is' muss  
Dortmund Das Fest  
UZ

Go Pressefest!  
24.-26. Juni 2005  
Dortmund  
im Revierpark  
Wischlingen  
www.unsere-zeit.de www.dkp.de



# „Das Kanzleramt“ – ein neuer Beitrag zur Entpolitisierung

Seit einigen Wochen läuft mittwochs um 20.15 Uhr im ZDF die Soap „Das Kanzleramt“, in der man angeblich den Bundeskanzler Andreas Weyer („Tatort“ - Kommissar Klaus J. Behrend) und seinen Stab bei der Arbeit beobachten kann.

Man könnte im ersten Moment ja denken, es handle sich hierbei um eine politische Sendung. Von Politik war in den bisherigen Folgen jedoch nur am Rande die Rede, daher umso mehr von den privaten Problemen und kleinen menschlichen Schwächen des Kanzlers und seiner Mitarbeiter. So können wir ausführlich das Eheleben des Kanzler-Redenschreibers begutachten: Ständig muss er Verabredungen mit seiner Frau platzen lassen, weil er noch bis tief in die Nacht an der neuesten Kanzler-Rede sitzt. Während sie einmal nicht da ist, geht er dann auch noch mit einer Journalistin fremd, die ihm auch prompt ein brisantes Dokument aus der Aktentasche klaut, aus dem die geplante Entlassung des gewerkschaftsnahen Arbeitsmi-

nisters hervorgeht. Am andern Tag steht es in allen Zeitungen – der arme Mann!

Kanzlerchen selbst lässt uns vor allem mitfühlen mit seinen Sorgen und Ängsten um sein sechzehnjähriges Töchterchen. Dieses steht als Kanzlertochter unter ständiger Bewachung durch Bodyguards und fühlt sich „wie im Käfig“. Tief in der Nacht sehen wir den Kanzler am Fenster stehen und sinnieren, was man da wohl tun kann. Als Töchterchen einmal mit einem weiblichen Bodyguard unterwegs ist, läuft es fast in einen Lkw, weil es so sehr mit seinem Handy beschäftigt ist. Der Tochter passiert nichts, der Bodyguard wird jedoch ein wenig schwerer verletzt. Der arme Mann!

Was soll uns diese Sendung ei-

gentlich vermitteln?

Zum einen sollen wir Mitleid haben mit unseren „Volksver- und -zertretern“ (Marx); schaut her, wie sie sich aufreiben, ihr Privatleben opfern, alles für Deutschland! Die Funktion dieser Aussage in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen ist klar: Als Vorbilder beim Verzicht sollen sie uns präsentiert werden; wer weiß, wie die Herren und Damen im Kanzleramt vor lauter Patriotismus kaum noch grade gehen können, der akzeptiert auch Hartz IV! Im Vorfeld wurde die Serie von Seiten des ZDF auch genau so angekündigt: Man wolle zeigen, was für ein harter Job es sei, „unser Land“ zu regieren!

Zum anderen findet unter dem Vorwand, „hinter die Kulissen“

geführt zu werden, eine massive Anti-Aufklärung statt. Weisgemacht werden soll uns, dass die Politik von kleinen menschlichen Schwächen abhängt wie dem Sexualtrieb eines Redenschreibers und der Sorge des Kanzlers um sein Töchterchen. Viele Menschen erleben die gegenwärtigen Entwicklungen als unbegreiflich und undurchschaubar, als schicksalhaften „Sach-

zwang“. Auf umso fruchtbarerem Boden fällt daher das Versprechen, „hinter die Kulissen“ geführt zu werden. Was ihnen dort jedoch gezeigt wird, sind die beschriebenen Banalitäten, nicht die wirklichen Zusammenhänge – diese werden im „Kapital“ vom ollen Marx immer noch besser analysiert!

Heiko Bolldorf

## ANTIFA

### 60. Jahrestag der Befreiung: Eine Nachbetrachtung

**Wenn ein verbrecherisches Regime bedingungslos kapituliert und die Befreiung von Terror, Massenmord und Krieg von vier Großmächten in Angriff genommen wird, dann müsste dies eigentlich für die Bevölkerung ein Freudentag sein! Für alle, die selbst nicht zu Gewalttätigen wurden oder davon profitiert haben. Aber weit gefehlt.**

Dass Juden, Kommunisten, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und viele andere, die der Faschismus auf seiner Todesliste hatte und ihn doch überlebt haben, den 8. Mai als Tag der Befreiung sehen, ist klar. Aber was tun die anderen, die beispielsweise die weltanschaulichen Grundlagen des Faschismus wie den Antikommunismus und Antisemitismus gar nicht so verkehrt finden? Man muss ja die Juden und Kommunisten nicht gleich umbringen, nein, nicht so, aber die Antwort auf die Frage: Wo steht der Feind? sollte doch weiterhin klar sein!

Der 8. Mai hat für die, die seine Konsequenzen nicht mochten, eindeutig an Schrecken verloren. Vor allem die Jahre 1989-91 lassen sie jubeln. Die DDR gibt es nicht mehr, die Sowjetunion ist in einzelne Bestandteile zerlegt und nur noch Geschichte. Endlich ist der Zweite Weltkrieg zu Ende. Doch noch gewonnen.

Da fühlt sich auch der 8. Mai an seinem 60. Jahrestag gleich anders an.

Einer, der sich kaum noch ein-kriegt, ist Bundespräsident Horst Köhler, der in seinem Überschwang davon spricht, „dass wir Deutsche den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind (...). Wir trauern um alle Opfer Deutschlands – um die Opfer der Gewalt, die von Deutschland ausging, und um die Opfer der Gewalt, die auf Deutschland zurückschlug. Wir trauern um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes.“

Das hört sich nicht gut an, denn die Wahrheit ist brutal: Hätte es den 8. Mai nicht gegeben, wäre die Menschheit in die Barbarei abgestürzt. Haupttäter der deutsche Faschismus, Deutschland! Also das Land, in dem wir wohnen. In diesem Zusammenhang würden Köhlers Worte „aus eigener Begabung zur Freiheit“ durchaus (makaberer) Sinn machen. Immer nach dem Motto: Da sind wir dabei, das ist prima. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Deutschland, 1945 der Verlierer schlechthin, 60 Jahre nach Kriegsende auf der Gewinnerseite der weltpolitischen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten

steht. Deutschland marschiert wieder, aber weil zur Freiheit begabt, dieses Mal auf der richtigen Seite. Horst Köhler: „Unser Land hat sich von seinem Inneren her verändert, und das ist erst recht ein Grund zur Freude und Dankbarkeit.“ Im wahrsten Sinne des Wortes kaum zu glauben, denn der Kapitalismus ist wieder in ganz Deutschland an die Macht gekommen, Antikommunismus und Antisemitismus erreichen nach wie vor ein Millionenpublikum in Deutschland, militärisch ist Deutschland nicht erst seit dem Krieg gegen Jugoslawien auf Expansionskurs, soziale und demokratische Rechte werden drastisch abgebaut usw. Von seinem Innersten hat sich nichts oder kaum etwas verändert, nur die Herrschaftsformen sind andere geworden. Die offene brutale Art ist heutzutage kaum noch nötig, aber für den Ernstfall bleibt sie selbstverständlich eine Option.

Es steht zu befürchten, dass beim 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Jahre 2015 sich oben beschriebene Tendenzen weiter gefestigt haben und Deutschlands Weg zu einer Weltmacht ungebremst weitergegangen ist. Vor der Rede des dann amtierenden Bundespräsidenten graut es mir jetzt schon...

Herwig Selzer



## Termine

Freundschaft & Solidarität mit dem sozialistischen Cuba

- Di., 14.06.05, 19 Uhr
- Nordstadtzentrum, Reichenberger Str. 9, Gießen

Eine Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA zum Geburtstag von Ché Guevara. Es spricht und diskutiert:

**Ismark Pérez Torrente**, II. Sekretär, Presseattaché der kubanischen Botschaft, außerdem: Party, Cocktails & Live-Musik mit "Sub Terra".

„Wir können auch anders!“

- Sa., 18.06.05
- Nürnberg

Aktionsfestival der Gewerkschaftsjugend zum Ausbildungsplatzmangel & Sozialabbau.

weitere Infos: [www.wkaa.de](http://www.wkaa.de)

14. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP

- 24.-26.06.05
- Dortmund, Revierpark Wischlingen

Das größte Fest der Linken in Deutschland. Mit dabei: Konstantin Wecker, Klaus der Geiger, Singegruppe Che Guevara, Rotdom, Kai Degenhardt, Sonja Gottlieb, Jane Zahn, Dietrich Kittner... Diskussionsveranstaltungen u.a. mit: Klaus Ernst (WASG), Horst Schmittthener (IGM), Peter Gingold, Ellen Brombacher (PDS-KPF), Winfried Wolf, Ulla Jelpke (JW), Kurt Pätzold, Pedro Eusse (CUTV, Venezuela), Angela Klein (Euromarsch) und vielen anderen. weitere Infos: [www.dkp.de](http://www.dkp.de)

DKP-Gruppenabend

- Di., 05.07.05, 20 Uhr
- Schwanhof, Marburg

DKP-Programmdiskussion

- Sa., 24.09.05
- Kongresshalle, Gießen

mit Hans Heinz Holz & Willi Gerns (DKP-Programmkommission)

## IMPRESSUM

**Marburger Echo**  
• [www.marburger-echo.de](http://www.marburger-echo.de)  
• [info@dkp-marburg.de](mailto:info@dkp-marburg.de)

### Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

### V.i.S.d.P.:

Herwig Selzer,  
Am Kupfergraben 6,  
35037 Marburg

### Layout:

compay  
**Auflage:** 1000 Ex., Eigendruck  
**Erscheinen:** vierteljährlich  
**nächste Ausgabe:** Okt. 2005  
**Redaktionsschluss:** 15.09.05

### Treffen der DKP Marburg:

jeden ersten Dienstag im Monat,  
20 Uhr, Schwanhof,  
Schwanenallee 27-31

### Spenden für das „Echo“:

E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070, Sparkasse  
Gießen (BLZ: 51350025),  
Verwendungszweck: Marburger Echo

# DKP

[www.dkp-marburg.de](http://www.dkp-marburg.de) • [www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)